

# SOLOTHURNER FREISINN

## Gemeinsam weiterkommen.



### Schub für 5G

Die Unterstützung des neuesten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit. Die Fraktionsmotion der FDP zum Thema hat gute Chancen im Ständerat. **Seite 10**

### Neue Vizepräsidentin

Die Delegierten wählten Alessandra Gianella am Tag der FDP zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz. Die 36-jährige Tessinerin ist seit 2015 Grossrätin und seit drei Jahren Fraktionschefin im Tessiner Kantonsparlament. Mit der Wahl Gianellas umfasst das Präsidium unter Präsident Thierry Burkart nun fünf Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. **Seite 12 und 13**

### Intensives Jahr für Karin Keller-Sutter

Seit Ausbruch des Ukrainekrieges ist Bundesrätin Karin Keller-Sutter stark gefordert. In einem Gastbeitrag für den «Freisinn» zeigt die Justizministerin auf, wie die Schweiz in den letzten Monaten den grossen Zustrom an Flüchtlingen aus der Ukraine meisterte und wieso sich der Schutzstatus S bewährt hat. **Seite 14 und 15**

### Kantonale Wahlen

Bei den Wahlen im Kanton Zug konnte die FDP im Parlament zwei Sitze gewinnen, und die beiden Regierungsräte wurden souverän wiedergewählt. Im Februar stehen nun Wahlen in den Kantonen Zürich und Baselland auf dem Programm. In beiden Kantonen ist die FDP gut aufgestellt und bereit, den positiven Trend fortzusetzen. **Seite 18 und 19**

Fotos: Michel Lüthi



## Wir brauchen Energie

### Parteiabend in Langendorf

Etwas mehr als 100 Delegierte und Gäste nahmen am Parteiabend der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn zum Thema «Licht ins Dunkle, Politik und Strommangellage» teil.

Zur Einstimmung in den Parteiabend begeisterte die Concert Band Langendorf mit ihrem breiten Repertoire. Kantonalpräsident Stefan Nünlist begrüsste die Gäste im Konzertsaal in Langendorf. Die Amteipräsidentin und Co-Ortsparteipräsidentin Barbara Obrecht Steiner wünschte allen Ortsparteien viel Energie, um die anstehenden Projekte meistern zu können.

### Strommangellage als hohes Risiko

Kantonsrat Martin Rufer (Lüsslingen) hatte mit der

Arbeitsgruppe Energie ein Positionspapier erarbeitet, welches im Verlauf des Parteiabends vorgestellt wurde. Aus seiner Sicht ist das Risiko eines Eintretens einer Strommangellage und des zu erwartenden Schadens sehr hoch. Kurz- und mittelfristig muss überlegt werden, wie mit diesem Risiko umgegangen werden soll. Problematisch ist in der Schweiz insbesondere die Winterstromlücke.

Fortsetzung auf Seite 3

# Inhalt

- 3–8 Solothurner Freisinn
- 9 Einstehen für eine liberale Gesellschaft
- 10 FDP setzt sich für 5G ein
- 11 Wir sagen DANKE
- 12/13 Interview mit der neuen Vizepräsidentin Alessandra Gianella
- 14/15 Karin Keller-Sutter blickt auf ein intensives Jahr zurück
- 16/17 Rückblick auf die Herbstsession
- 18 FDP Zug gewinnt bei den kantonalen Wahlen
- 19 Ausblick auf die Wahlen in Baselland
- 20/21 Tag der FDP in Burgdorf
- 22 Verbände lancieren «Perspektive Schweiz»
- 23 Wahlbarometer und Kolumne



## Das liberale Feuer brennt!

2023 stehen uns Richtungswahlen bevor

### Liebe Freisinnige

Am 22. Oktober durfte die freisinnige Familie in Burgdorf ein fulminantes Fest feiern. Exakt ein Jahr vor dem Wahltermin stimmten sich 900 Freisinnige im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf:

- › Wir sind schlagkräftig und kommunizieren mit klarer Kante. Nicht nur in der Sicherheitspolitik lancierten wir mutig Themen, an denen sich die anderen Parteien abarbeiten müssen.
- › Wir haben in anspruchsvollen Bereichen wie Klima, Energie oder Europa mit der Verabschiedung von Positionspapieren unsere Reihen geschlossen.
- › Wir beweisen unseren Ideenreichtum und unsere Gestaltungskraft mit gleich zwei eingereichten Initiativen, die beide für urliberale Anliegen stehen: die Renteninitiative der Jungfreisinnigen für eine solide Finanzierung unserer Altersvorsorge sowie die Individualbesteuerungsinitiative der Frauen für die freie Lebensgestaltung.

### Richtungswahlen 2023

Klar ist, die nächsten zwölf Monate werden für unsere Partei entscheidende Monate. Doch viel wichtiger ist: Es werden entscheidende Monate für unser Land! Die eidgenössischen Wahlen 2023 sind eigentliche Richtungswahlen für die Schweiz. Denn jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich die Frage stellen, wie sich die Schweiz in Zukunft angesichts der aktuellen Verwerfungen, Kriege und Krisen zu positionieren hat.

### Wer das Erfolgsmodell Schweiz erhalten will, wählt FDP

Das Präsidium definierte vor einem Jahr drei Schwerpunktthemen: Wirtschaftspolitik, Alters-

vorsorge und Sicherheit bzw. Versorgungssicherheit. Heute sind die Themen aktueller denn je. In einem Jahr können sich die Schweizerinnen und Schweizer entscheiden, ob sie mittel- und langfristige eine möglichst CO<sub>2</sub>-freie aber sichere Stromversorgung – und damit Wohlstand – oder ob sie lieber irgendwelchen Wunschvorstellungen und nicht einlösbaren Versprechungen folgen wollen. Ebenso kann sich das Stimmvolk entscheiden, ob es eine Schweiz wünscht, die eindeutig zu Werten wie Demokratie, Liberalismus, Rechtsstaat und Menschenwürde steht. Eine Schweiz, die im Notfall auch gewillt und in der Lage ist, diese Werte zu verteidigen. Wer Liberalismus, soziale Marktwirtschaft, Eigenverantwortung und freiheitliches Handeln erhalten will, der wählt in einem Jahr FDP!

### Die FDP gewinnt!

Die FDP hat in den kantonalen Wahlen der letzten Monate zugelegt, soeben durften wir uns wieder über Sitzgewinne und ein erfolgreiches Wahlergebnis bei den Gesamterneuerungswahlen im Kanton Zug freuen. Gemäss jüngster SRG-Wählerumfrage legen wir gegenüber 2019 um 1 Prozent zu. Im Vergleich zur SRG-Umfrage vom Oktober 2021 weist die FDP damit einen Zuwachs von plus 2,5 Prozent auf! Das stimmt mich zuversichtlich, denn es bestätigt den Trend auch von anderen Umfragen. Wir wollen – und werden – die liberale Politik in unserem Land stärken, Wähleranteil gewinnen und die SP überholen. Das liberale Feuer brennt lichterloh!

### Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortsetzung von Seite 1

## Konsequenzen für Bevölkerung bei Mangellagen

Werner Meier, Delegierter für wirtschaftliche Landesversorgung, stellte die Organisation und die Massnahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung vor. Die Massnahmen zur Sicherung der Gasversorgung und im Strombereich sind getroffen. Je höher der Mangel werden wird, desto schärfer werden die Massnahmen des Bundes und die Konsequenzen für Wirtschaft und Bevölkerung sein.

## Zu viel Strom im Sommer, zu wenig im Winter

Jürg Liechti, alt Kantonsrat und CEO der Neosys AG, stellte die Strategie der FDP Schweiz vor.

Ein Problem des Schweizer Strommarktes sind der hohe Strombedarf im Winter und die hohe Stromproduktion im Sommer. Um die Ziele der Dekarbonisierung zu erreichen, müssen Gas- und Ölheizungen und Fahrzeuge mit fossiler Energie ersetzt werden. Die meisten Ersatzoptionen beruhen auf Elektrizität.

Die FDP Schweiz fordert kurzfristig eine nationale Notfallplanung, eine Beschleunigung der Umsetzung der erneuerbaren Energien.

Mittelfristig fordert sie eine Sicherung der bestehenden Kraftwerkskapazitäten, keine Technologieverbote, neue Marktmodelle zur eigenständigen Stromversorgung, den Ausbau der Speicher für die kritischen Wintermonate, das Vorantreiben eines EU-Stromabkommens und Investitionen in Forschung und Innovation.

## Kantonales Energiegesetz

Daniel Probst, Kantonsrat und Direktor Handelskammer, stellte die kantonale Klima- und Energiepolitik vor. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit wird im Kanton Solothurn auf folgende Pfeiler gebaut:

- Effiziente Gebäude, erneuerbare Heizungen
- Erneuerbarer Strom, insbesondere im Winter
- Effizientere Elektromobilität



**Daniel Probst:**  
«Die jetzigen Kernkraftwerke müssen so lange wie möglich betrieben werden. Wir brauchen nicht ideologische Scheuklappen, sondern Innovation und Förderung.»

**Markus Spielmann:**  
«Die Hauseigentümer investieren jährlich 20 Milliarden Franken in die Sanierung ihrer Gebäude. Ein grosser Teil davon geht in Energiespar- oder Energieproduktionsmassnahmen. Die Hauseigentümer müssen ihren Beitrag leisten, der momentane Anreiz ist genug gross.»



Im Energiekonzept sind rund 20 Massnahmen enthalten. Wo immer möglich wird auf Anreize gesetzt. Momentan sind noch drei Vorschriften drin: Photovoltaik bei Neu- und grösseren Umbauten, Grundinstallation für Ladeeinrichtungen bei Neubauten und CO<sub>2</sub>-Zielwerte beim Ersatz von fossilen Heizungen.

Die Kosten für das kantonale Energiekonzept belaufen sich auf jährlich 8 bis 9 Millionen Franken: Einmalige Kosten in der Höhe von bis zu 20 Millionen Franken werden entstehen (z.B. für Wärmenetze oder Biomasse-Kraftwerke). Das kantonale Energiekonzept wird voraussichtlich Anfang 2024 in Kraft treten. Der Massnahmenplan Klimaschutz wird bis Ende 2022 im Kantonsrat behandelt.

Martin Rufer betonte, dass die Energieversorgung ein freisinniges Thema sei und die Partei hier als Themenleader auftreten dürfe und müsse. Die Arbeitsgruppe Energie hatte sich mit dem Risiko der Strommangellage auseinandergesetzt und folgende Lösungsansätze entwickelt (siehe Box).

Durch die anschliessende Podiumsdiskussion führte die Vizepräsidentin Sabrina Weisskopf.

## Franziska Hochstrasser, Parteisekretärin



**Simon Michel:**  
«Wir müssen den Mut haben, mehr JA zu sagen. Wir brauchen mehr Kreativität und weniger Hürden. Wir müssen wieder lernen, Krisen als Chance zu sehen.»



**Jürg Liechti:**  
«Wir sind heute weit weg von einer vernünftigen Aufteilung der Interessen aller Akteure. Bei einem schützenswerten Objekt darf z. B. heute keine Photovoltaikanlage auf dem Dach montiert werden.»

Hier muss ein Umdenken stattfinden. Wir brauchen das Stromabkommen als Notnagel.»

## Lösungsansätze der AG Energie

1. Grössere Anstrengungen beim Stromsparen  
› Wirtschaft und Private sind gefordert
2. Verträgliche Bewirtschaftungsmassnahmen  
› Weniger dirigistisch, Berücksichtigung der betriebsindividuellen Situation
3. Zurückhaltende Entschädigung bei Härtefällen  
› Entschädigung für Ausfälle: Ja, aber ...
4. Umgang mit hohen Strompreisen  
› Faire Verhandlungslösung anstreben  
› Zugang zu Kurzarbeitsentschädigung und Liquiditätshilfen
5. Krisenmanagement mit Wirkung  
› Proaktive Kommunikation  
› Einbezug der Akteure
6. Sicherung Produktionskapazitäten  
› KKW so lange wie möglich weiterbetreiben
7. Deblockierung Kapazitätsausbau  
› In Verfahren blockierte Projekte freigeben und realisieren
8. Förderung Kapazitätsausbau  
› Abbau Hürden, Förderung, Vorgaben für Neubauten prüfen
9. Ausbau thermische Netze und Blockheizkraftwerke  
› Sicherung Wärmeversorgung, thermische Notversorgung
10. Technologische Entwicklungen zulassen  
› Neue Kernkraft-Generation erforschen und zulassen  
› Geothermie nutzen
11. Stromabkommen mit der EU  
› Beitrag zur sicheren Versorgung durch Stromabkommen





# Die AHV braucht uns weiterhin!

## Jungfreisinnige Gedanken

Am 25. September 2022 hat die Schweiz einen wichtigen Schritt in der Sozialpolitik gemacht: Wir haben endlich eine mehrheitsfähige Reform der AHV kreiert, welche vor dem Volk für einmal nicht Schiffbruch erlitt.

### Die AHV – ewiger Reformstau

Unzählige Male hat man versucht, dem demografischen Wandel mit Gesetzesanpassungen zu begegnen. Die Ausgangslage ist bekannt: Wir werden immer älter, grosse Geburtenjahrgänge gehen in Rente, und geburtenschwache Jahrgänge folgen im Erwerbsleben nach. Wenn die Gesellschaft folglich immer länger Gelder aus einer Kasse bezieht, jedoch gleich lange einbezahlt und die einzahlenden Jahrgänge über die Jahre kleiner werden, resultiert zwangsläufig ein Defizit in der Altersvorsorge. Dass die Schweizer Gewerkschaften die Lösung für dieses Problem in noch weiteren Mehrausgaben sehen (13. AHV-Rente), ist vor diesem Hintergrund mehr als unverständlich.

### Gleichberechtigung teuer erkauft

Trotz der jahrzehntelangen Unfähigkeit des nationalen Parlamentes, das Problem konstruktiv und ohne ideologische Grabenkämpfe anzugehen, konnte am 25. September das Rentenalter der Frau knapp an das des Mannes angeglichen werden. Dies jedoch nur mit jährlichen Millionenaus-

gleichszahlungen an die «betroffenen» Frauen der Übergangsgeneration – eine AHV-Erhöhung mit der Giesskanne also als Kaufpreis für die Gleichberechtigung.

Gesellschaftspolitisch und mit liberaler Gesinnung war es indes nicht mehr zu vertreten, dass man diese Ungleichberechtigung zwischen Frau und Mann beibehält; wurde die Unterscheidung beim Rentenalter bei der Einführung doch massgeblich damit gerechtfertigt, dass Frauen nicht gleich lange arbeiten könnten wie Männer. Eine solche Werthaltung sollte hoffentlich längst überholt sein.

### Nächster Schritt: Renteninitiative

Den Jungen ist gemäss jüngsten Sorgenbarometern aber klar: Wir sind noch lange nicht am Ziel. Das AHV-21-Reförmchen verhindert den Schuldenberg nicht, der auf uns Jungen lasten wird, wenn wir die AHV nicht strukturell sanieren. Bis ins Jahr 2050 wird die AHV auch mit geltendem Recht über 130 Milliarden Schulden ausweisen. Doch bei der AHV scheint Rot/Grün plötzlich nichts mehr von Nachhaltigkeit wissen zu wollen;

bei der Energiestrategie 2050 rechnete man über einen fast 30-Jahre-Zeithorizont – aber bei der AHV will der Bund nicht weiter als 10 Jahre vorausplanen. Die Relevanz der Jungen darf nicht weiter nur ein Lippenbekenntnis an lobpreisenden Sonntagsreden bleiben.

Darum braucht es nun Sensibilisierung für unsere Renteninitiative – auch und besonders in Ihrem Umfeld. Die Entpolitisierung des Rentenalters und die Bindung an die Lebenserwartung sowie die Anpassung des Rentenalters auf 66 Jahre für beide Geschlechter verhindern, dass Ihre Kinder und Ihre Grosskinder die Folgen des ignorierten Reformdrucks bezahlen müssen. Genau dies möchten wir mit unserer Renteninitiative erreichen: ein generationengerechtes Sozialwerk, das diesen Namen verdient, und eine zukunftsfähige Altersvorsorge. Treten Sie unserem Regionalkomitee bei und unterstützen Sie uns auf diesem Weg. Die AHV braucht uns alle – auch weiterhin! Vielen Dank für Ihr Engagement!

**Philipp Eng**

Präsident Jungfreisinnige Kanton Solothurn



# Von Dinosauriern über Agilität ins Rathaus

Unterschriftensammlung für 1:85-Initiative

Während 150 Millionen Jahren herrschten Dinosaurier über die Welt. Vor etwa 66 Millionen Jahren verschwanden auf einmal rund 50 Prozent der Tiergattungen, darunter alle Nicht-Vogel-Dinosaurier.

Über die Gründe des Massenaussterbens in der Kreidezeit gibt es verschiedene Mutmassungen. Aber egal ob die Ursache in einem Meteoriteneinschlag oder einem gesteigerten Vulkanismus lag, den Dinos gelang es mit Ausnahme der Vögel nicht, sich rasch genug an die sich veränderten Lebens- und Umweltbedingungen anzupassen. Nicht von ungefähr werden Menschen und Organisationen, die sich nicht oder nur mit Mühe an Veränderungen anpassen, als Dinosaurier bezeichnet. Charles Darwin hat die wissenschaftliche Erkenntnis, dass die besser an ihre Umwelt angepassten Lebewesen im Vorteil sind und überleben, in seiner berühmten Formel «Survival of the Fittest» ausgedrückt. Dass die Unfähigkeit zu reagieren zum Untergang führt, musste zum Beispiel auch die Alte Eidgenossenschaft 1798 erfahren. Die Stände waren beim Einmarsch der Franzosen

so zerstritten, dass sie sich nicht mehr darauf einigen konnten, ein gemeinsames Heer aufzustellen.

Geschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit sind der Schlüssel erfolgreicher Organisationen und Lebewesen. Die Wirtschaft beschäftigt sich unter dem Stichwort «Agilität» seit vielen Jahren damit, die Anpassungsfähigkeit von Firmen zu stärken und zu beschleunigen. Unter Agilität werden dabei Geschwindigkeit, Anpassungsfähigkeit, Kundenzentriertheit und Haltung verstanden. Bei Geschwindigkeit und Anpassungsfähigkeit geht's darum, Organisationen zu befähigen, schnell und dynamisch auf Veränderungen zu reagieren und sich anzupassen. Mit Agilität soll aber auch die Ausrichtung auf die Kunden gestärkt werden. Im Fokus stehen dabei einfache Prozesse mit kurzen Iterationen, das Vorwärtsgen in kleinen Schritten und die Möglichkeiten, punktuell und schnell

auf Kundenwünsche einzugehen. Unter agiler Haltung werden Verhaltensweisen der Organisationsmitglieder verstanden, zum Beispiel der wertschätzende Umgang und eine Begegnung auf Augenhöhe.

Steige ich die ehrwürdigen Stufen unseres Solothurner Rathauses empor, lese ich in der Zeitung über die Schaffung von 20 neuen Stellen in der Verwaltung zwecks Digitalisierung, oder arbeite ich mich durch die umfangreichen Aktenberge im Vorfeld einer Kantonsratssession, komme ich oft ins Grübeln. Wie steht's denn mit der Agilität und damit der Überlebensfähigkeit unseres Staatswesens? Können wir mit unseren politischen Strukturen und Prozessen den sich rasch verändernden Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden und zum Beispiel die wegfallenden Millionen der Nationalbank einsparen? Ist unsere Verwaltung ausreichend ausgerichtet auf die sich verändernden Bedürfnisse der Solothurnerinnen und Solothurner und wertschätzend im Umgang mit uns, aber auch innerhalb ihrer Strukturen selbst?

Klar, Vergleiche zwischen Wirtschaft und Staat sind problematisch. Zu unterschiedlich sind Rahmenbedingungen und Auftrag von Verwaltung und Unternehmen. Aber gerade die nun endlich anstehende Digitalisierung, die unser Regierungsrat vorwärtstreiben will, ist eine einmalige Chance. Denn damit kann die Arbeit der Verwaltung beschleunigt, vereinfacht und besser an den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Gemeinden und der Wirtschaft ausgerichtet werde. Dazu braucht es neue Fähigkeiten. Aber dafür einfach 20 zusätzliche Stellen zu schaffen, anstatt unter den heute über 3450 Staatsstellen zu kompensieren zeigt, wie schwer sich der Regierungsrat trotz düsterer Finanzaussichten tut, Prioritäten zu setzen und auf neue Herausforderungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zu handeln. Dass die Bevölkerung in den letzten 10 Jahren um 10 Prozent gewachsen ist, das Stellenangebot des Kantons aber um 22 Prozent spricht Bände. Und drum sammeln wir Freisinnigen ja Unterschriften für unsere 1:85-Initiative, mit der wir das Wachstum der Bevölkerung und der Stellen beim Kanton in Einklang bringen wollen. Aber Agilität geht viel weiter. Es geht um eine Haltung und eine ganz andere Kultur. Als FDP ist es unsere Pflicht, Agilität in all ihren Dimensionen von der Verwaltung und von Kantons- und Regierungsrat einzufordern. Nicht weil wir die Arbeit der Staatsangestellten geringschätzen, sondern weil wir einen verlässlichen, leistungsfähigen Kanton Solothurn wollen.

**Stefan Nünlist**  
Präsident FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn



Kurt Fluri



Historiker, wie Hans Sigrist oder Karl H. Flatt, die sich mit der Geschichte des Solothurner Freisinns befasst haben, sprechen von der «Ära Munzinger», der «Ära Vigier», der «Ära Schöpfer»: Josef Munzinger hat dem Liberalismus zum Durchbruch verholfen, Wilhelm Vigier hat ihn ausgebaut, und Robert Schöpfer hat die freisinnige Partei zur Volkspartei gemacht. Unternehmer und Arbeiter, Gewerbler und Bauern, Selbstständige und Angestellte sollten gemeinsam und gleichberechtigt für die freisinnige Sache kämpfen. Und das brachte auch Erfolg. Das ist jedoch schon längst Vergangenheit.

Und was ist seither passiert? Es gibt eine Reihe von Persönlichkeiten, die nach der «Ära Schöpfer» den Freisinn geprägt haben, allen voran Karl Obrecht, Parteipräsident von 1951 bis 1963 und einer der einflussreichsten National- und Ständeräte seiner Zeit. Neben seinen vielen Verpflichtungen war Karl Obrecht während längerer Zeit auch noch Ammann der kleinen Bucheggberger Gemeinde Küttigkofen. Typisch freisinnig. Bedeutende freisinnige Persönlichkeiten haben sich ihrer Gemeinde als Gemeindeammann zur Verfügung gestellt: die Nationalräte Willy Arni in Mühledorf, Josef Grolimund in Erschwil, Franz Eng in Günsberg, National- und Regierungsrat Christian Wanner in Messen, National- und Ständerat Rolf Büttiker in Wolfwil. Nicht zu vergessen die Egerkinger Gemeindepräsidentin Johanna Bartholdi, eine einflussreiche Kantonsrätin. Auch für die erste Solothurner National- und Regierungsrätin, Cornelia Füg, begann die erfolgreiche politische Laufbahn

in Wisen als Gemeindeschreiberin. Alle diese Politikerinnen und Politiker wollten sich für die Anliegen der Bevölkerung einsetzen, volksnah politisieren.

### Der Freisinn als Volkspartei

Während des Parteipräsidiats von Karl Obrecht präsentierte sich der Solothurner Freisinn im Bundeshaus als echte Volkspartei. Ein Industrieller (Josef Hofstetter), ein Bauer (Willy Arni) und ein Arbeiter (Josef Grolimund) gehörten gleichzeitig dem Nationalrat an. Josef Grolimund war auch der einzige Arbeiter in der grossen Kammer, wogegen die SP, die sich angeblich für die Interessen der Arbeiter einsetzen wollte, nur durch polternde Gewerkschaftsfunktionäre vertreten war. Bauern hatten in der freisinnigen solothurnischen Politik immer wieder ein Wort mitzureden, im Kantonsrat unter anderen der Gäuer Erwin von Arb oder der Wasserämter Karl Begert, später Christian Wanner.

Damit konnte die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) nie im Kanton richtig Fuss fassen. Das änderte sich erst, als die BGB zur SVP mutierte und eine völlig andere Wählerschaft zu mobilisieren vermochte. Nach dem Rücktritt von Nationalrat Willy Arni zeigte sich die Solothurner FDP weiterhin als Volkspartei, indem der Bauer durch einen Gewerbler, Daniel Müller aus Balsthal, ersetzt wurde, der auch von 1973 bis 1981 die Kantonalpartei präsidierte.

### Gewichtiges Wort der Redaktoren

Freisinnige Zeitungen haben bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts die Politik und die Freisinnige Partei wesentlich mitgeprägt: die «Solothurner Zeitung», das «Oltner Tagblatt», das «Grenchner Tagblatt» und für das Laufental/Schwarzbubenland «Der Volksfreund». Die verantwortlich zeichnenden Redaktoren dieser Zeitungen gehörten auch ex officio dem Zentralkomitee der Kantonalpartei an, einem Gremium, das vor allem für die Beschlussfassung der Abstimmungsparolen zuständig war. Redaktoren waren zunächst auch keine Geringeren als die späteren Bundesräte Hermann Obrecht und Walther Stampfli, dieser für das «Oltner Tagblatt», jener für die «Solothurner Zeitung». Die Chefredaktoren der «Solothurner Zeitung», Ulrich Luder, und des «Oltner Tagblatts», Alfred Wyser, prägten nicht nur die politische Haltung der Zeitung, sondern spielten auch in der Partei eine führende Rolle. Hans Derendinger war ebenfalls Redaktor des

«Oltner Tagblatts», bevor er im Kantonsrat, dann aber vor allem als Stadtammann in Olten eine herausragende Rolle spielte.

### Einflussreiche Ständeräte

Der politische Journalismus war auch das Sprungbrett für die Wahl von Alfred Wyser in den Regierungsrat, wo er im Erziehungsdepartement mit einem neuen Volksschulgesetz eine bedeutende Reform im Bildungswesen verwirklichte. Ulrich Luder wurde Nachfolger von Karl Obrecht als kantonaler Parteipräsident und als Ständerat. Er war wie Alfred Wyser ein eloquenter, volksnaher Redner, der vor allem auch die Parteibasis immer wieder zu begeistern vermochte. Ihm folgte im Ständerat der Oltner Max Affolter, ein völlig unabhängiger Liberaler, der als «Helveter» auf dem politischen Boden weniger mit dem Florett als mit dem Zweihänder focht. Luder und Affolter hatten erheblichen Einfluss auf die Beschlüsse des Ständerates. Sie verfolgten eine freisinnige Politik, die auch von Rolf Büttiker konsequent fortgesetzt wurde. Alle drei wurden auch Präsidenten der Ständekammer. Max Affolter konnte dieses Amt allerdings nur während einer Session ausüben; er starb kurz darauf an den Folgen einer schweren Erkrankung.

### Nationalräte von Format

Über Freisinnige von Format verfügte ebenso lange Zeit auch die Solothurner Deputation im Nationalrat. Willy Arni war ein angesehener Bauernvertreter, der als Vizepräsident der Radikaldemokratischen Fraktion die unangenehme Aufgabe hatte, Bundesrat Paul Chaudet nach der Mirage-Affäre zum Rücktritt zu veranlassen. Josef Grolimund hat frühzeitig erkannt, dass der immer grösser werdende Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zu grossen innenpolitischen Auseinandersetzungen führen wird. Josef Hofstetter profilierte sich als der massgebende Parteisprecher in der Sozialpolitik. Daniel Müller wirkte vor allem als Vermittler und stufte als Präsident der Militärkommission das eigenmächtige Gebaren der Militärverwaltung erheblich zurück. Franz Eng war Präsident der freisinnigen Programmkommission, die mit dem Slogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» ein fulminantes Wahlergebnis erzielte. Eng hat sich durch seriöse Parlamentsarbeit einen Namen verschaffen, was ihm mit dem Fraktionspräsidium, dem Nationalratspräsidium und dem Einsitz in die ein-

flussreiche Finanzdelegation der eidgenössischen Räte honoriert wurde.

Erstmals (und bisher auch das einzige Mal!) schickten 1975 die Solothurner Freisinnigen eine Frau nach Bern, Cornelia Füeg, die sich vor allem stark für die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann engagierte. 1987 wurde sie als wilde Kandidatin zur ersten Regierungsrätin gewählt, wo sie als populäre und beliebte Politikerin bis zu ihrem Rücktritt 1997 das Bau- und Justizdepartement leitete.

### Die dritte Kraft

Nur vier Kantone – Zürich, die Waadt, Bern und St. Gallen – ordneten in den 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts mehr freisinnige Vertreter in die Bundesversammlung ab als Solothurn. Mit drei Nationalräten und einem Ständerat war der Solothurner Freisinn gleich stark vertreten wie die Aargauer, die Luzerner und die Tessiner. Damit vermochten sie gegen die dominierenden Zürcher und Waadtländer mit den Luzernern, Baselbietern und Jurassiern in der freisinnigen Fraktion eine dritte Kraft zu bilden. 1991 verlor die FDP ihren dritten Nationalratssitz an die Autopartei, 2007 den zweiten an die CVP, an die sie auch vier Jahre später ihr Ständeratsmandat abgeben musste. Von 2017 bis 2021 ist sie nur noch mit einem Mitglied im Regierungsrat vertreten, und die Stadtpräsidien in den einst freisinnigen Hochburgen Solothurn und Olten sind ebenso an andere Parteien übergegangen – Verluste, die auch in einem Jubiläumsjahr nicht oder gerade deshalb nicht unerwähnt bleiben dürfen.

Seit 2015 hat der Kanton Solothurn nur noch sechs Nationalratssitze. Aber auch der Einfluss der Solothurner Vertretung ist im Bundeshaus erheblich geschrumpft. Kurt Fluri hat zwar im Parlament ein gewichtiges Wort mitzureden, während sich die SP-Vertreterin vor allem mit Begehren zur Schwächung der Armee hervortut. Der Vertreter der Grünen hat den Grünen nichts und der Schweiz noch weniger gebracht. Mit (zu) einfachen, populistischen Schlagwörtern betreibt die SVP Politik gegen alles, was mit der Klimaerwärmung oder mit der Energieversorgung zu tun hat, um so Wählerstimmen zu gewinnen. Eine «parteilpolitische Zeitenwende» ist deshalb mit den Wahlen 2023 überfällig, auch im Ständerat.

### Urs Marti



Cornelia Füeg



Franz Eng selig



Josef Grolimund selig

*Eine eingehendere Würdigung der Verdienste freisinniger solothurnischer Politikerinnen und Politiker der jüngeren Zeit wird zu einem späteren Zeitpunkt in geeigneter Form erscheinen.*

# «Ich will».

Kolumne

«Ich will.» Diese zwei Worte genügen, um seine Ambitionen für eine Bundesratskandidatur anzumelden. Was noch vor einigen Jahren als Arroganz ausgelegt worden wäre, ist heute Usanz. Es sind nicht mehr die Fraktionen der Bundesversammlung oder die Kantonalparteien, die als «Königsmacher» in Aktion treten, sondern selbsternannte Bundesratskandidatinnen und -kandidaten. Nach einem Rücktritt werden zudem in den Medien sofort Namen herumgeboten, die ihnen auch noch gerade einfallen und die damit gleich zu «Kronfavoriten» hochstilisiert werden. Hauptsache, es muss spannend bleiben!

## «Zu welchem Zweck wird eine Findungskommission eingesetzt?»

Mit Recht wurde diesmal lange darüber spekuliert, ob auch die Grünen antreten würden. Sie wollen schon längst in den Bundesrat. Es fragt sich jedoch nur, ob sie es überhaupt können und ob wir es wollen. Was sie nun aber inszeniert haben, ist ein Trauerspiel, das kein Regisseur als bühnenreif betrachten würde. Einmal mehr fühlen sie sich dort, wo sie sich am besten gefallen, in der Opferrolle. Es ist das «Machtkartell der Bundesratsparteien», das ihnen den Eintritt in die Landesregierung verwehrt. Seit Jahren rechnen sie fast auf die Kommastellen genau aus, wer Anspruch auf einen Bundesratssitz hat und wer übervertreten ist. Die Zusammensetzung einer Regierung ist jedoch alles andere als das Resultat einer Rechenübung. Es geht hier tatsächlich um Macht und um Machtverteilung. Italien hat uns das mit seiner Regierungsbildung soeben wieder vorexerziert.

Wer Anspruch auf ein Bundesratsmandat erhebt, müsste zudem über valable Kandidatinnen und Kandidaten verfügen, die den Grünen fehlen. Da werden Namen wie Sibel Arslan, Bastien Girod



oder Irène Kälin genannt, für die man wohl nur ein Kopfschütteln übrig haben kann. Selbst Parteipräsident Balthasar Glättli und Fraktionschefin Aline Trede zeigen gerade in diesen Tagen nicht jene Grösse, die es für ein Bundesratsmitglied bräuchte.

Auch die SVP, deren Sitzanspruch zwar unbestritten ist, macht bei der Vorbereitung der Nachfolge von Ueli Maurer nicht die beste Figur. Es wird eine Findungskommission eingesetzt. Zu welchem Zweck? Eine Findungskommission ist dann sinnvoll, wenn für ein neu zu besetzendes Amt Kandidatinnen und Kandidaten erst gefunden werden müssen. Nun sind aber der SVP-Fraktion fristgerecht vier Kandidaten und eine Kandidatin gemeldet worden. Damit hätte allein diese zunächst zu entscheiden, wie viele und wen sie davon der Vereinigten Bundesversammlung zur Wahl vorschlagen will. Eine Vorsortierung durch eine Findungskommission braucht es dazu ebenso wenig wie den offensichtlich immer noch nötigen Telefonanruf nach Herrliberg.

Mit Albert Rösti und Werner Salzmann hat die SVP des Kantons Bern zwei Kandidaten nominiert, die über das nötige Format verfügen. Wir leben in einer schwierigen Zeit. Es geht jetzt nicht darum, welcher Kanton oder ob noch eine weitere Frau im Bundesrat vertreten sein soll. Einziges Wahlkriterium in dieser Situation kann jetzt nur noch sein, die Fähigsten zu wählen. Die Berner SVP hat sie.

**Urs Marti, Langendorf**

# AGENDA

## Donnerstag, 24. November

FDP Frauen, Vorweihnachtsanlass, Bel Etage, Solothurn

## Donnerstag, 15. Dezember

18 Uhr: Parteivorstand Schlussitzung, Gasthof von Arx, Egerkingen

## Mittwoch, 11. Januar 2023

19 Uhr, kantonale Delegiertenversammlung (Oensingen)

## Donnerstag, 26. Januar 2023

18.30 Uhr, Fondueabend, Ischhof, Aetigkofen

## Donnerstag, 23. Februar 2023

19 Uhr, FDP Frauen SO, Abstimmungstreff / Austausch, Solothurn

## Sonntag, 12. März 2023

Eidgenössische Abstimmung

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter:

[www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/](http://www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/)

### Vorweihnachtlicher Anlass der FDP Frauen Kanton Solothurn:

#### Programm, 24. November 2022:

Kochen und geniessen auf der «Bel Etage» mit Kantonsrätin Barbara Leibundgut

**15.30 Uhr:** Willkommen auf der «Bel Etage», Kerzen Jeger, Solothurn. Eine Gruppe kochfreudiger Frauen trifft sich zum Vorbereiten des feinen Abendessens. Unter der Anleitung von Barbara Leibundgut kreieren wir ein Festessen, tauschen uns aus, finden Zeit für einen Apéro und lassen es uns gut gehen (Teilnehmerzahl begrenzt).

**18.30 Uhr:** Eintreffen der Frauen, welche zuvor zeitlich verhindert sind. Willkommensworte der Co-Präsidentinnen Karin Oertlin und Merve Zejnula und gemütliches Apéro.

**19.15 Uhr:** Abendessen, wir geniessen ein Überraschungessen und sind gespannt, was uns der Abend sonst noch bietet.

Der Unkostenbeitrag beträgt 50 Franken und ist im Voraus zu entrichten.

**Anmeldung bis 18. November:** [info@fdp-so.ch](mailto:info@fdp-so.ch)

#### Korrigenda

In der letzten Ausgabe des Solothurner Freisinns wurde die Amtsdauer von Kantonsrat Philipp Arnet falsch deklariert. Philipp Arnet war von 2016 bis 2022 im Solothurner Kantonsrat. Wir möchten uns bei ihm für das Versehen entschuldigen.



Foto: gettyimages.ch.



# Einstehen für eine liberale Gesellschaft

**Vielfalt leben und Diversität anerkennen**

Antiliberale Kräfte haben in der westlichen Hemisphäre Aufwind. Liberale Grundwerte stehen unter massivem Druck. Was ist zu tun?

In Italien kommen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Postfaschisten wieder an die Macht. In Russland agiert ein unberechenbarer Autokrat, welcher weit über die Ukraine hinaus die westlichen Werte unmittelbar bedroht. In zahlreichen osteuropäischen Ländern – von Weissrussland bis zur Türkei – sind Antidemokraten an den Schaltebelen der Macht. Und spätestens seit dem Sturm auf das Kapitol in Washington D. C. ist offensichtlich, wie die einst für freiheitliche und demokratische Grundwerte stehende USA politisch in sich zerbröckelt.

Diesen Kräften ist gemein, dass sie die persönlichen Freiheitsrechte verhöhnen, gegen die Vielfalt der Gesellschaft kämpfen, die Rechte der Frauen verachten und LGBTQ des Teufels bezeichnen. Sie stilisieren das traditionelle, klassische Familienbild mit der Frau am Kochherd und dem Mann als finanzieller Ernährer als einziges gesellschaftliches Heil.

## Erkennen wir die Zeichen der Zeit

Wer nun glaubt, diese Kräfte seien nur in «entfernten» Ländern zu beobachten, der oder die irrt. Gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie haben sich auch in der Schweiz antiliberale Geisteshaltungen deutlich zu erkennen gegeben. Das ambivalente Spannungsfeld zwischen den persönlichen Freiheitsrechten und dem Anliegen nach gesellschaft-

lichem Gesundheitsschutz war eine gewaltige Zerreissprobe für jeden Liberalen. Freiheitstrychler und weit obskure Gruppierungen trieben das Ganze auf die Spitze. Und dass 20 Jahre nach der Volksabstimmung über die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs auch dieses Rad der gesellschaftlichen Entwicklung wieder mittels Initiativen zurückgedreht werden soll, erscheint mir kein Zufall.

## Liberale Kompass mehr denn je nötig!

Liberalismus ist eine Geisteshaltung und Weltanschauung, welche die Freiheit und Verantwortung des Individuums ins Zentrum rückt. Individuelle Freiheit wird als unabdingbare Voraussetzung für Demokratie, Wohlstand und Fortschritt verstanden. Liberale stehen ein für die Persönlichkeitsrechte und einen Rechtsstaat, der die grundlegenden Freiheiten sichert. Liberale ermöglichen die Selbstentfaltung des Einzelnen unter Berücksichtigung der Verantwortung gegenüber sich selbst und der Gesellschaft. Aus dem historischen Lexikon der Schweiz kann ergänzend zitiert werden: «In einem allgemeineren Sinn bezeichnet der Liberalismus auch ein respektvolles und tolerantes Verhalten dem anderen gegenüber.»

Liberalismus ist ein umfassendes Konzept, welches für liberale Lösungen in allen Politikfeldern – ob Wirtschafts-, Gesellschafts-, Sozial-

«Liberal ist, wer die Zeichen der Zeit erkennt und danach handelt.»

oder Umweltpolitik – entsteht. Gerade in der Gesellschaftspolitik zeigt ein feiner Seismograf leicht auf, wohin das Pendel der Zeit im Ringen zwischen dem liberalen und antiliberalen Pool ausschlägt. Setzen wir Liberale uns deshalb mehr denn je für eine Gesellschaft ein, in welcher alle Bürgerinnen und Bürger ihr persönliches Potenzial frei entfalten sowie an Staat und Gesellschaft einen Beitrag leisten können. Vielfalt leben heisst für mich die Diversität der Gesellschaft anzuerkennen, zu fördern, zu gestalten, zu schützen und wo nötig zu bewahren. Oder um es mit den Worten des deutschen Staatsmannes Gustav Stresemann zusammenzufassen: «Liberal ist, wer die Zeichen der Zeit erkennt und danach handelt.»



Claude Meier (44) lebt in Bern, ist Direktor von Hotelleriesuisse und privat Vorstandsmitglied von Pinkcross sowie Mitglied von Radikal und der FDP Kanton Bern. [www.meier-claude.ch](http://www.meier-claude.ch)



# Aktuelle Generation 5G: Raschen Ausbau an die Hand nehmen

## Blockadepolitik bekämpfen

Die Unterstützung des neusten Mobilfunkstandards 5G in der Politik ist immer noch bescheiden. Die FDP hält dem dagegen und positioniert sich klar für Technologieoffenheit und gegen Innovationsfeindlichkeit.

Der Mobilfunkstandard 5G hat in der Schweiz zwar mittlerweile eine gute Basisabdeckung, doch der Ausbau des 5G-Netzes kommt weiterhin nur schleppend voran. Nach wie vor halten sich Zweifel an der Notwendigkeit oder Bedenken bezüglich vermeintlich schädlicher Strahlung bezüglich 5G hartnäckig. Zumindest was die Strahlenbelastung betrifft, ist sich die Wissenschaft einig: Tausende Studien erkennen keine solche Wirkung. Auch gab das Bundesamt für Umwelt (Bafu) diesen Sommer Entwarnung und publizierte einen Monitoringbericht, der aufzeigt, dass die Belastung unter dem Grenzwert liegt. In Worten des Bafu: «An Orten, an denen sich Menschen üblicherweise aufhalten, liegen die Feldstärken klar unterhalb des Immissionsgrenzwerts.» Mit dem aktuellen Regelwerk können selbst die sehr strengen Grenzwerte kaum ausgeschöpft werden. Ebenfalls schreibt das Bafu, dass die Strahlenbelastung seit 2014 tendenziell abgenommen hat. Das ist wenig überraschend, da moderne Mobilfunktechnologien wie 5G weniger Strahlung benötigen und Energie verbrauchen, um Daten zu übertragen.»

### FDP-Motion auf der Zielgerade

Dass der Ausbau des 5G-Netzes trotzdem nicht rascher vonstatten geht, liegt unter anderem an komplizierten Bewilligungsverfahren. Aktuell

sind schweizweit ganze 3200 Baugesuche offen. Die FDP will deshalb passive und verzögernde Haltungen gewisser Bewilligungsbehörden, wie dies beim Ausbau des 5G-Netzes zum Teil passiert ist, in Zukunft dezidiert bekämpfen. Gefordert ist eine maximale Frist (pro Instanz), innerhalb derer ein Entscheid vorliegen muss. Ein Zeichen der Politik hat hierbei eine nicht zu unterschätzende Wirkung.

Die FDP setzt sich seit mehreren Jahren an vorderster Front für eine Modernisierung des Mobilfunks und die damit verbundene Nutzung des 5G-Netzes ein. Im Mai 2020 reichte die FDP eine Fraktionsmotion ein, die fordert, dass den Anbietern der Aufbau eines nationalen 5G-Netzes zu wirtschaftlichen und international vergleichbaren Kosten zu ermöglichen ist. Zudem soll der Bundesrat zusammen mit der Branche die breite Bevölkerung über die künftige Mobilfunk-Generation sachgerecht informieren. Der Bundesrat hat die Annahme dieser Motion empfohlen und der Nationalrat hat ihr zugestimmt. Die vorberatende Kommission des Ständerats hat zwar noch einen zusätzlichen Bericht bei der Verwaltung angefordert, doch es ist zu hoffen, dass sich auch die kleine Kammer in den nächsten Monaten für die Annahme des FDP-Vorstosses ausspricht.

### 5G ermöglicht Internet der Dinge

Auch wenn gewisse Teile der Motion mittlerweile bereits erfüllt sind, hätte ein Ja beider Kammern eine positive Signalwirkung. Schliesslich geht es bei der neusten Generation 5G längst um mehr als die Möglichkeit ein Video schneller zu verschicken. Es bietet viele neue Eigenschaften für Anwendungen in der Industrie, für neue Dienstleistungen, in der Landwirtschaft oder auch im Umfeld der Rettungskräfte. Von dieser Entwicklung profitieren nicht nur Smartphone-Nutzer – vielmehr stärkt eine leistungsfähige Mobilfunkinfrastruktur die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft und bietet eine Innovationsplattform für findige Unternehmer. Ein paar ausgewählte Beispiele: Über Sensoren wird Alarm geschlagen, wenn ein Fluss über die Ufer tritt; die Müllabfuhr leert gezielt nur jene Mülleimer, die bereits voll sind, und auf dem Rückweg aus den Skiferien lässt sich die Heizung in der Wohnung per Smartphone einschalten.

Für die FDP stehen Technologieoffenheit und Innovationsfreundlichkeit an erster Stelle. Deshalb wehren wir uns gegen Blockadepolitik und Falschinformationen und setzen uns für ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes Mobilfunknetz ein.

Marco Wölfli





Thomas Hauser ist Geschäftsleiter von Benevol Schweiz und damit quasi der höchste «Ehrenamtliche» der Schweiz. Im Interview spricht er von Massnahmen gegen die rückläufige Freiwilligenarbeit und wie das Ehrenamt der Zukunft aussieht.

**Was zeichnet die Freiwilligenarbeit in der Schweiz aus?** Sicher die vielfältige Ausprägung. Freiwilligenarbeit wird unterschiedlich gelebt und auch gefördert. Auf dem Land sind Vereine prägender, während in urbanen Gebieten eher Event- oder projektbezogene Freiwilligenarbeit im Vordergrund steht. Daneben gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen, zwischen Bergkantonen und dem Flachland und bezüglich der Förderung durch die Politik: Im Kanton Waadt ist Freiwilligenarbeit sogar in der Verfassung verankert.

**Welche Bedeutung hat die Freiwilligenarbeit in der Schweiz?** Die Schweiz ist ein Land der Vereine und diese Vereine sind ein wesentlicher Treiber für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 41 Prozent der Bevölkerung engagiert sich mehrere Stunden pro Woche ehrenamtlich. Dieses Engagement ist rund 32 Milliarden Franken wert. Das zeigt den enormen Umfang der Freiwilligenarbeit.

**Die geleistete Freiwilligenarbeit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. Welches sind die Gründe dafür?** Corona hat eine grosse Rolle gespielt, weil Seniorinnen und Senioren zeitweise von vielen freiwilligen Aktivitäten ausgeschlossen

waren. Dafür hat in dieser Zeit die Nachbarschaftshilfe an Zuwachs gewonnen. Beim generellen Trend sind verschiedene Faktoren ausschlaggebend, wie zum Beispiel die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen.

**Was tut Benevol Schweiz dagegen?** Wir informieren und vermitteln zwischen Interessierten und Institutionen, die Freiwillige suchen. Wir wollen die Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit sichtbar machen. Viele wollen sich nicht langfristig in einem Verein engagieren, aber während einer gewissen Zeit für einen Event oder ein Projekt arbeiten. Hier können wir Optionen aufzeigen.

**Welche Bereiche haben einen Mangel an Freiwilligen und wo hat es genug?** Im sozialen Bereich ist der Bedarf konstant hoch. Dagegen sind Tätigkeiten für die Umwelt und den Naturschutz sehr beliebt. Auch die Mitarbeit bei Sport- und Musikveranstaltungen zieht viele Freiwillige an.

**Wie sieht die Freiwilligenarbeit der Zukunft aus?** Es braucht sicher Anpassungsfähigkeit seitens der Vereine. Möglich, dass es mehr Co-Präsiden in Vorständen gibt. Wenn es in einem Dorf drei Chöre

## Wir sagen DANKE

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind zentrale freisinnige Werte. Zum Jahresende will die FDP den Gemeinsinn ins Zentrum rücken und lanciert die Aktion «Wir sagen DANKE», um die Freiwilligenarbeit in der Schweiz zu würdigen. In den nächsten Wochen erhalten alle Ortsparteien passend gestaltete Postkarten. Diese können mit einem persönlichen Gruss an Personen geschickt werden, sie sich in der jeweiligen Gemeinde besonders engagieren, sei es die Präsidentin des Samaritervereins, der Trainer der Fussballjunioren oder die Leiterin der Theatergruppe.

Bei den Millionen von Schweizerinnen und Schweizern, die sich freiwillig engagieren, gibt es praktisch unendlich Beispiele. Diese Aktion soll Menschen danken, die ehrenamtlich arbeiten und dadurch den Zusammenhalt und den Gemeinsinn in der Schweiz fördern.

Wenn Sie sich auch an der Aktion beteiligen und Postkarten an freiwillig Engagierte schicken möchten, dürfen Sie sich gerne bei Gabrielle De Simone vom Wahlkampfteam melden. E-Mail an [desimone@plr.ch](mailto:desimone@plr.ch) oder QR-Code scannen.



Thomas Hauser.

gibt, ist eventuell ein Zusammenschluss möglich, was auch Synergien ermöglicht. Auch der Trend, dass Leute in befristeten Projekten mitarbeiten wollen, wird sicher zunehmen.

**Interview: Marco Wölfli**

Alessandra Gianella führt seit drei Jahren die FDP-Fraktion im Tessiner Kantonsparlament.



# «Als Tessiner Politikerin braucht man klare Positionen»

Alessandra Gianella ist neue Vizepräsidentin der FDP Schweiz

Die Delegierten haben die Tessinerin Alessandra Gianella in Burgdorf zur neuen Vizepräsidentin der FDP Schweiz gewählt. Im Interview spricht Gianella über ihre Verbundenheit zu China, die Besonderheiten der Tessiner Politik und wieso sie als Staatsrätin kandidiert.

### Herzlichen Glückwunsch zur Wahl zur Vizepräsidentin. Was motiviert Sie zu diesem Amt?

Ich bin schon lange aktiv in der FDP und habe mich gerne zur Verfügung gestellt. Ich finde es wichtig, dass es in der FDP ein Bindeglied zwischen der italienischen Schweiz und der Restschweiz gibt. Manche Themen werden im Tessin zuerst aktuell, wie beispielsweise die Corona-Pandemie, aber auch Probleme mit dem Arbeitsmarkt oder der Mobilität.

### Welchen Fokus möchten Sie im Präsidium einbringen?

Wir hatten zuerst die Covid-Pandemie, jetzt den Krieg in der Ukraine und eine gefährdete Energieversorgung. Das Präsidium der FDP Schweiz hat jeweils eine klare Haltung gezeigt und ich möchte

an diese Arbeitsweise anknüpfen und mithelfen. Es ist wichtig, dass die FDP von Beginn weg konstruktive und innovative Lösungen aufzeigt. Das passt auch zum Geist der Schweiz.

### Sie sind lange in der Tessiner Politik aktiv. Was zeichnet die Politik im Südkanton aus?

Die Tessiner Politik ist stark medial geprägt und der Fokus liegt stark auf dem Kanton. Es gibt jede Woche mindestens zwei bis drei politische Debatten im TV und viel andere Berichterstattung. Als Tessiner Politikerin ist man stark gefordert und braucht klare Positionen. Die Nähe zu Italien sorgt auch dafür, dass Themen eines Grenzkantons in die politische Agenda einfließen.

### Sie haben eine starke Verbundenheit zu China.

### Wie ist es dazu gekommen?

Als Teil einer Schweizer Minderheit wollte ich neben den Landessprachen und Englisch eine exotische Sprache lernen, um mir einen Wettbewerbsvorteil in der Arbeitswelt zu verschaffen. Deshalb habe ich Chinesisch gewählt, und später habe ich zwei Jahre in China studiert. Diese Zeit hat mich stark geprägt, da ich erst 19-jährig war. Ich habe die chinesische Kultur intensiv erfahren und dabei viel über China und Asien gelernt.

### Was fasziniert Sie an China?

Die alte Kultur und die spannende Geschichte. Wenn man die Sprache beherrscht, hilft das, Beziehungen zu knüpfen und Einheimische besser kennenzulernen. Da China ein wichtiger Handelspartner der Schweiz ist, macht es Sinn, wenn wir China verstehen.

### In den letzten Jahren hat sich die Beziehung zwischen der Schweiz und China kompliziert. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Die Schweiz hat klare Werte, die sie auch gegenüber China vertritt. China hat sich zwar verändert,



Das Präsidium ist toll zusammengestellt und ich freue mich, die Perspektive der italienischen Schweiz einzubringen.



Nationalrat und Vizepräsident Philippe Nantermod stellt Alessandra Gianella am Tag der FDP vor. Foto: Yannic Reber



Parteipräsident Thierry Burkart übergibt Alessandra Gianella ihr Trikot für das «Team Präsidium». Foto: Yannic Reber

aber es ist wichtig, dass die Schweiz den Dialog weiterhin pflegt. Diplomatie braucht Dialog.

**Auch mit Ihrem Unternehmen SinoCom pflegen Sie wirtschaftliche Beziehungen mit China. Wie haben Sie die Schwierigkeiten der letzten Jahre erlebt?**

Die letzte zwei Jahren waren eine grosse Herausforderung. Ich versuche eine Brücke zwischen den beiden Ländern zu bilden und berate Unternehmen aus China und der Schweiz bei ihren Aktivitäten im jeweils anderen Land. Dabei ist es wichtig, dass man beide Kulturen kennt. Zuletzt war es aufgrund der Covid-Regeln schwierig, nach China zu reisen. Ich hoffe, dass es nächstes Jahr wieder einfacher wird.

**Was ist bei Geschäftsbeziehungen mit China zu beachten?**

Es ist eine andere Kultur. Das Individuum steht weniger im Zentrum. Der Aufbau guter persönliche Beziehungen muss zuerst entstehen, bevor man übers Geschäft spricht. Dabei hilft es, wenn man die Sprache beherrscht.

**Was ist Ihre Lieblingsstadt in China?**

Das ist sicher Hangzhou, wo ich zwei Jahre gelebt habe. Aber das Spannende an China ist, dass es so gross und vielfältig ist. Es gibt grosse Unterschiede zwischen den Regionen und viele interessante Orte. Die Mehrsprachigkeit und die kulturelle Vielfalt erinnern an die Schweiz.

**Im April finden im Tessin kantonale Wahlen statt und Sie kandidieren für den Staatsrat. Was hat Sie zur Kandidatur bewogen?**

Ich bin nun seit zwei Legislaturen im Grossen Rat und seit drei Jahren Fraktionschefin. Die nächsten Jahre sind entscheidend für den Kanton Tessin. Wir haben gute Aussichten und in den Bereichen Innovation und Forschung bewegt sich viel. Aber das Tessin ist manchmal etwas pessimistisch, dem möchte ich als Staatsrätin entgegenwirken und optimistisch in die Zukunft gehen, mit innovativen Projekten und Investitionen.

**Wie ist die FDP Tessin aufgestellt?**

Die FDP hat gute Lösungen für die Herausforderungen Bildung, Umwelt und Steuerattraktivität,

die das Tessin betreffen. In den letzten Jahren hat sich die Tessiner FDP stark verjüngt, das stimmt positiv. Zudem haben wir Arbeitsgruppen gebildet, in denen Fachleute ihre Expertise aus verschiedenen Bereichen einbringen und wir tragen die Positionen in die Politik. Dieser Bottom-up-Ansatz ist vielversprechend. Die FDP kann dazu als grosse Partei etwas bewirken, aber natürlich muss sie auch das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

**Interview: Marco Wölfli**

#### Alessandra Gianella

Alessandra Gianella (36) hat an den Universitäten Zürich und Lugano und an der Zhejiang University in Hangzhou studiert. Beruflich war sie für Adaxis Management AG und Eco-nomiesuisse tätig. Vor zwei Jahren gründete Gianella SinoCom. Für die FDP Tessin sitzt sie seit sieben Jahren im Grossen Rat und leitet seit drei Jahren die Fraktion. Gianella ist verheiratet und lebt in Lugano.

## Migration aus der Ukraine

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft sich im März 2022 im Bundesasylzentrum Basel mit Mitarbeiterinnen des Heks.



# Schutz bieten: Schnell, beherzt und koordiniert

Die Schweiz ist krisentauglich

### Bundesrätin Keller-Sutter blickt auf ein Jahr zurück, das vom Krieg in der Ukraine und der ausserordentlichen Solidarität in unserem Land geprägt ist.

Seit dem Beginn des von Russland geführten Angriffskrieges am 24. Februar 2022 ist es eine Mischung aus Betroffenheit und Verantwortung, die das Handeln des Bundesrates bestimmt. Auch wenn wir als Land die Ereignisse in der Ukraine nur begrenzt beeinflussen können, muss der Bundesrat die Folgen in der Schweiz möglichst aktiv bewältigen. Es gilt zu agieren, statt zu reagieren.

#### Starker Zusammenhalt im Schengenraum

Unmittelbar nach Kriegsbeginn stand die Koordination auf europäischer Ebene im Zentrum. Drei Tage nach dem Angriff traf ich mich in Brüssel mit den Innenministern des Schengenraums. Die Stimmung vor Ort wird mir wohl immer in Erinnerung bleiben. Sie war geprägt von Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit und dem Willen, dem ukrainischen Volk zu helfen und unsere freiheitlichen Werte zu verteidigen. Rasch wurden die nötigen Entscheide getroffen und die Modalitäten für die Aufnahme von Millionen von Kriegsvertriebenen koordiniert.

In der Schweiz hat der Bundesrat kurz darauf den Schutzstatus S aktiviert, fast zeitgleich und ab-

gestimmt mit der EU. Seither haben über 66 000 Vertriebene, vor allem Frauen und Kinder, unbürokratisch kollektiven Schutz in unserem Land erhalten. Eine gute und enge Koordination mit den Kantonen wurde im Rahmen des Sonderstab Asyl (SONAS) erreicht, den ich im März eingesetzt

habe. Dieser musste sich sofort vielen Herausforderungen wie Registrierung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen stellen.

Gleich zu Beginn habe ich auch die Sozialpartner einbezogen, um bessere Voraussetzungen für Integration in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Arbeit gibt den Geflüchteten Halt und Unabhängigkeit; sie hilft auch, die Kompetenzen zu erhalten für eine spätere Rückkehr in die Heimat. Das Ziel ist: Arbeit vor Sozialhilfe.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf dem Weg zu einem ausserordentlichen Treffen der EU-Innenminister drei Tage nach Kriegsbeginn.



«Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.»

### Kurz- und mittelfristige Zukunft vorbereiten

Kurz vor dem Winter bereiten sich die internationale Gemeinschaft, Bund, Kantone und Gemeinden auf einen möglichen Anstieg von Schutzsuchenden vor. Gleichzeitig unterstützt die Schweiz in der Ukraine auch Projekte, welche die provisorischen Unterkünfte für Vertriebene vor Ort winterfest machen.

Auch wenn die Voraussetzungen für eine Aufhebung des Status S gegenwärtig nicht erfüllt sind, müssen wir bereits jetzt die Rückkehr der Schutzsuchenden in ihre Heimat vorbereiten. Zur Erinnerung: Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert. Wir müssen einen Plan haben, wenn dereinst die Rückkehr der Geflüchteten in ihre Heimat wieder möglich sein wird. Mein ukrainischer Amtskollege sagte mir im Juli, dass die Ukraine ihre Bürger für den Wiederaufbau des Landes braucht.

Längerfristig gilt es, Bilanz zu ziehen zur erstmaligen Anwendung des Schutzstatus S. Bereits im Juli nahm die Evaluationsgruppe des Status S ihre Tätigkeit auf. Diese Gruppe besteht aus Persönlichkeiten mit viel Erfahrung in der Migrationspolitik. Ihre Aufgabe ist es, die Erfahrungen bis im Sommer 2023 auszuwerten und aufzubereiten und zu prüfen, ob es allenfalls gesetzlichen Anpassungsbedarf beim Status S gibt.

Was mich in dieser Krise besonders beeindruckt, hat, war einerseits die grosse Solidarität

in der Bevölkerung. Ohne diese hätten wir es nicht geschafft, für so viele Personen in so kurzer Zeit Unterkünfte zu finden. Andererseits sehen wir, dass die Schweiz krisentauglich ist. Die Institutionen sind gut aufgestellt. Sie sind solide und professionell. Das Entscheidende ist aber eher menschlicher als struktureller Natur: Es braucht eine klare Führung. Man muss die Akteure sehr schnell an einen Tisch bringen und die Kompetenzen dort abholen, wo sie vorhanden sind. Was zählt, ist das Ergebnis: die Hilfe für die Ukrainerinnen und Ukrainer war schnell, beherzt und koordiniert. Darauf kann unser Land stolz sein.

Die Flüchtlingsbewegungen, die durch den Krieg in der Ukraine ausgelöst wurden, sind Teil der hybriden Kriegsführung Russlands. Sieben Millionen Geflüchtete wurden bislang in Europa aufgenommen. Einige Staaten geraten vor allem auf dem Hintergrund der weiteren Fluchtbewegungen in Richtung Europa an ihre Belastungsgrenze. Ich setze mich deshalb in der Schweiz und auf europäischer Ebene weiterhin dafür ein, dass wir die irreguläre Migration bekämpfen. Wer Schutz braucht, soll ihn in der Schweiz erhalten. Wer keine Schutzgründe geltend machen kann, muss zurückkehren.

**Karin Keller-Sutter, Bundesrätin**



September 2022: Bundesrätin Keller-Sutter und der österreichische Bundesinnenminister Karner einigen sich auf einen gemeinsamen Aktionsplan gegen irreguläre Migration.



März 2022: Besuch im Bundesasylzentrum Basel.



Kick-off-Veranstaltung der Evaluationsgruppe Status S im Juli 2022.



Gespräch mit Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission, im März 2022.



# Session im Schnellzugtempo

Überblick der wichtigsten Geschäfte der Herbstsession

Die eidgenössischen Räte haben in der Herbstsession insbesondere in der Energiepolitik bedeutsame Beschlüsse gefasst. Während es in der Energie- und Umweltpolitik kaum ein Halten gab, wurde die Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr ausgebremst.

Der Schweizer Politbetrieb zeichnet sich im Normalfall durch eine gewisse Behäbigkeit aus und langwierige Gesetzesprozesse sind Usus. Nicht so in der vergangenen Herbstsession. Die eidgenössischen Räte haben im Krisenmodus wegweisende Beschlüsse im Eilverfahren gefasst, deren Auswirkungen noch nicht im Detail abschätzbar sind. Ein Überblick über die wichtigsten Entscheide:

### Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative

Nachdem in der Sommersession der Nationalrat den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative als Erstrat beraten hatte, war nun der Ständerat an der Reihe. Mit dem Ziel, die Vorlage bis Ende Session fertigzuberaten, konnten die wichtigsten Differenzen rasch bereinigt werden und die Vorlage in der Schlussabstimmung mit deutlichem Mehr angenommen werden.

In der Gesamtbeurteilung hat die FDP den überparteilichen Kompromiss mitgetragen. Dank diesem können im Gesetz verbindliche Etappenziele auf dem Weg zu Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 gesteckt werden. Daneben gehören die Förderungen von neuen Technologien und ein grosszügig ausgestattetes Ersatzprogramm

von Heizungen dazu. Vor allem der letzte Teil der Vorlage ist nicht nach den Vorstellungen der Freisinnigen zustande gekommen. Im Sinne des Kompromisses trägt man aber auch diesen Teil mit. Damit zeigen sich auch die Initianten zufrieden, die angekündigt haben, dass sie ihre Initiative zurückziehen wollen. Da ein Referendum lanciert wurde, dürfte dennoch eine Volksabstimmung stattfinden.

### Erneuerbare Energie-Initiative

Im Kontext der Beratung des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative hat der Ständerat beschlossen, auch einen dringlichen Beschluss zugunsten des Ausbaus von Solarenergie in der Schweiz einzuführen. Dieser wurde im Verlauf der Beratungen abgespalten und nach einer dringlichen Differenzbereinigung durch den National- und Ständerat in der Schlussabstimmung deutlich angenommen. Damit wurde im Rekordtempo ein rascher Ausbau von erneuerbaren Energien beschlossen.

Mit dieser neuen Vorlage sollen innerhalb sehr kurzer Frist mehr Stromkapazitäten in der Schweiz geschaffen werden. Mit diesem Gesetz soll im Kern der Zubau von mehr einheimischem

Winterstrom beschleunigt werden. Neben einem erleichterten Bewilligungsverfahren für Photovoltaik-Grossanlagen in den Bergen wird es auch eine Solar-Pflicht für bestimmte Neubauten geben. Dass diese Regel nicht für alle Neubauten gilt, ist auch das Verdienst der FDP. Die Liberalen-Fraktion, die sich erfolgreich für eine Einschränkung eingesetzt hat. Zudem beinhaltet sie auch noch eine Beschleunigung beim Ausbau der Grimsel-Staumauer.

### Weitere Massnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Das Bundesparlament hat ein weiteres Paket zur Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen verabschiedet. Das Paket sieht Vereinfachungen bei der Zulassung parallel-importierter Medikamente vor. Zudem wird ein Beschwerderecht für Krankenkassenverbände eingeführt, um gegen Spitalplanungs-Entscheide in den Kantonen vorzugehen.

Lange umstritten war eine Bestimmung, wonach die Tarifpartner die Kosten überwachen und Korrekturmassnahmen ergreifen, sobald sich die Kostenentwicklung nicht durch Faktoren wie die Alterung der Bevölkerung erklären lässt. Der Durchbruch bei dieser letzten Differenz gelang dank eines Kompromissvorschlags der ständerätliche Gesundheitskommission, welcher ein Monitoring der Kostenentwicklung und Korrekturmassnahmen vorsieht, allerdings ohne Eingriffsmöglichkeiten für Bund und Kantone, falls sich die Tarifpartner nicht



einigen können. Die Tarifpartnerschaft bleibt somit gewahrt, weitere staatlichen Eingriffsmöglichkeiten wurden gestrichen.

In der Gesundheitspolitik geht es Schlag auf Schlag weiter. Neben den zahlreichen hängigen Geschäften (u.a. EFAS, indirekter Gegenvorschlag Kostenbremsinitiative) wird sich das Parlament mit einem zweiten Kostendämpfungspaket befassen. Die entsprechenden Arbeiten werden im nächsten Quartal durch die vorberatende Kommission des Nationalrats aufgenommen. Die FDP wird sich auch bei dieser Vorlage für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen einsetzen, dessen Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Unsere Stossrichtung haben wir kürzlich in einem Forderungspapier aufgezeigt.

### **Destruktive Rückweisung verhindert Vorwärtsgang bei der Abschaffung des Eigenmietwerts**

Bereits 2017 wurde die Vorlage für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung eingereicht. Fünf Jahre später war nun der Nationalrat in der Herbstsession als Zweitrat an der Reihe, um eine Lösung zu zimmern. Das zeugt bereits von der Komplexität der Materie wie auch von der Schwierigkeit, eine mehrheitsfähige und saubere Lösung auszuarbeiten. Dass nach dem Beschluss des Ständerats in der Herbstsession vor einem Jahr noch

nichts in Stein gemeisselt ist, war bereits im Vorherigen klar, aber zumindest wurde die Diskussion um die Abschaffung des Eigenmietwerts wieder ins Rollen gebracht.

Im gleichen Sinne hat die WAK-N das Geschäft vorberaten. Zwar kann die Vorlage der WAK-N als «Maximalvariante» erachtet werden, so stellt sie jedoch eine gute Diskussionsgrundlage dar. Die FDP hat zudem stets betont, dass sie offen für Kompromisse ist. Zur Beratung der Vorlage ist es jedoch gar nicht gekommen: Der Nationalrat trat zwar auf die Vorlage ein, wollte die Abschaffung des Eigenmietwertes aber noch nicht beraten und schickte die Vorlage auf eine Zusatzrunde zurück in die Kommission. Nun soll eine Subkommission eingesetzt und die Kantone sollen mehr in die Diskussion miteinbezogen werden. Dieser Rückweisungsantrag der Mitte fand leider eine Mehrheit, nur die FDP und die SVP stellten sich dagegen. Aus Sicht der FDP bleibt es unrealistisch, dass innerhalb eines Jahres eine bessere Vorlage auf dem Tisch liegt, auch da sich die Zusammensetzung der vorberatenden Kommission nicht ändert. Die Mitte hat somit eine konstruktive Diskussion abgewürgt, bevor diese überhaupt geführt werden konnte. Damit wird die überfällige Abschaffung des Eigenmietwerts einmal mehr unnötig verzögert. Es bleibt das Ziel der FDP, dieser schädli-



Damien Cottier.

chen Steuer ein Ende zu bereiten und damit den Mittelstand und auch zukünftige Wohneigentümer zu entlasten.

**Damien Cottier,**  
Fraktionspräsident und Nationalrat NE



## Für eine Zukunft mit Perspektive

[perspektiveschweiz.ch](https://perspektiveschweiz.ch)

### Liebe Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes

Wir sorgen uns um die Zukunft unseres Landes. Als Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Schweizer Landwirtschaft wollen wir deshalb zukünftig noch enger und aktiver zusammenarbeiten.

Wir bündeln unsere Kräfte, um Stabilität und Sicherheit zu erzielen. Unsere Zusammenarbeit basiert auf wirtschafts-, landwirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, die wir zum Wohle aller gemeinsam bearbeiten und voranbringen wollen.

Liegt uns doch daran, dass die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft kennen und erkennen. Nur eine starke Wirtschaft und Landwirtschaft sorgen für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik.

Wir werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundliche Politik. Wir werben für eine Politik mit Perspektive!

**Christoph Mäder**  
Präsident  
economiesuisse



**Fabio Regazzi**  
Präsident Schweizerischer  
Gewerbeverband sgv

**sgv@usam**

**Valentin Vogt**  
Präsident Schweizer  
Arbeitgeberverband

SCHWEIZERISCHER  
ARBEITGEBERVERBAND  
Die Arbeitgeber

**Markus Ritter**  
Präsident Schweizer  
Bauernverband

Schweizer Bauernverband  
Union Suisse des Paysans  
Unione Svizzera dei Contadini  
**sbv|usp|usc**

**PERSPEKTIVE  
SCHWEIZ**



## Kantonale Wahlen

Die wiedergewählten Regierungsräte Andreas Hostettler (links) und Florian Weber.



Ständerat Matthias Michel gratuliert Etienne Schumpf zur Wahl in die Zuger Stadtregierung.



Zufrieden Gewählte von links: Urs Andermatt, Michael Arnold, Karl Bürgler (alle Kantonsrat) sowie Mark Gustafson (Gemeinderat Baar).

Cédric Schmid hat als Präsident der FDP Zug seine Partei zum Sieg geführt. Im Interview spricht Schmid über die Bedeutung der Door-to-Door-Kampagne und wieso in den Tagen vor der Wahl noch ein besonderer Einsatz erforderlich war.

Nur eine Woche nach dem eidgenössischen Abstimmungssonntag wurden die Zugerinnen und Zuger erneut an die Urne gerufen. Im Zentralschweizer Kanton stand am 2. Oktober ein Super-Sunday an. An den Gesamterneuerungswahlen wurden sämtliche Exekutiv- und Legislativämter im Kanton und in allen Gemeinden erneuert. Die FDP gehörte an diesem Wahlsonntag zu den Gewinnerinnen. Die beiden bisherigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wurden souverän wiedergewählt und im Kantonsrat legte die FDP zwei Sitze zu und ist neu zweitstärkste Partei im Kanton.

### Wie hast du als Präsident der FDP Zug den Wahlsonntag erlebt?

**Cédric Schmid:** Es war ein intensiver, aber natürlich sehr erfreulicher Tag. Kurz vor 14 Uhr erhielt ich die ersten Resultate aus der Berggemeinde Menzingen, wo wir den Wähleranteil erhöht haben und ein Gemeinderatssitz haben erobern können. Danach ging es schnell: eine Gemeinde nach der anderen meldete: FDP legt zu! Mit all diesen News folgten die riesige Erleichterung und damit auch zahlreiche Gratulationen – auch von Thierry Burkart, was mich besonders gefreut hat.

### Wurde nach dem Sieg noch kräftig gefeiert?

Aber natürlich! In fast allen Gemeinden fanden Wahlfeiern statt bis tief in die Nacht hinein. Einige Kandidierende und Wahlhelfer haben den Start in die Arbeitswoche etwas später begonnen. Dieser Wahlsieg hat uns allen gutgetan – alle sind topmotiviert und bereit, die neue Legislaturperiode in Angriff zu nehmen!

### Wie anspruchsvoll waren die letzten Tage vor der Wahl?

Sehr anspruchsvoll. In der letzten Woche vor dem Super-Sunday erfuhren wir, dass der Rücklauf der Wahlcouverts sehr tief sei. Deshalb haben wir noch einmal im persönlichen Umkreis potenzielle freisinnige Wähler kontaktiert und motiviert, wählen zu gehen. Die daraus erhaltenen Rückmeldungen zeigten uns: dieser Kraftakt hat sich gelohnt. Viele bedankten sich für den persönlichen «Reminder» und gingen zur Urne. Dies ist nur eine von verschiedenen Massnahmen, die wir in der letzten Woche noch getroffen haben.

**Zwei Sitze im Kantonsrat gewonnen (neu 18) und beide Regierungsräte souverän wiedergewählt. Bist du zufrieden?**

Grundsätzlich schon. Die FDP hat das erste Mal seit 1994 wieder Sitze im Kantonsrat gewonnen. Eines unserer erklärten Ziele waren 19 Sitze im Kantonsrat, also ein Gewinn von drei Sitzen. Wenn jener in der Stadt Zug nicht verloren gegangen wäre, hätten wir es geschafft. Alle anderen Ziele haben wir aber gut erreicht – insbesondere freuen mich die hervorragend wiedergewählten Regierungsräte und auch, dass 33 Prozent aller Gemeinderatssitze in FDP-Hand sind.

### Wäre sogar noch mehr drin gelegen?

Bei einem Wähleranteil von 21,9 Prozent könnte man im Grundsatz zufrieden sein. Trotzdem sage ich, es liegt noch mehr drin. Bei den zugewanderten, welche eher liberal sind und auch aus unternehmerischen Kreisen stammen, haben wir das grösste Potenzial. Dies zeigen insbesondere die Resultate aus der Stadt Zug und auch die in der Gemeinde Risch/Rotkreuz. Ganz nach dem Motto «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt es, dieses Potenzial aufzubauen, damit wir im Kanton Zug in den nächsten Wahlen wieder mit positiven Zahlen glänzen können.

### Was nimmst du von diesem Wahlkampf mit?



## «Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig.»

Viel Erfahrung. Der direkte Kontakt und der intensive Austausch mit den Sektionsparteien war enorm wichtig, wie auch der frühe Beginn der Wahlvorbereitungen. Im Zentrum der intensiven Vorbereitungsarbeiten lag die Wahl unseres Wahlslogans. Nach intensiven internen Diskussionen und verschiedenen, tiefgründigen Meinungsfindungsprozessen entschieden wir, das Claim «Lebensqualität» zu wählen. Dieser Prozess förderte auch den Zusammenhalt in der Partei – eine wichtige Voraussetzung, um Wahlen zu gewinnen.

Auch die Door-to-Door-Kampagne war eine Schlüsselaktion. In den Gemeinden, in denen wir auf Door-to-Door gesetzt haben, gab es die grösseren Gewinne. Eine weitere Erkenntnis ist die Bedeutung von Social Media. Heutzutage ist es unumgänglich, dass Kandidierende während des Wahlkampfes kurze Videos mit einer Botschaft auf allen möglichen Kanälen verbreiten. Dies ersetzt aber keinesfalls die persönlichen Begegnungen auf der Strasse, in Vereinen und verschiedenen, regionalen Kreisen.



Cédric Schmid führte die FDP Zug als Präsident zum Erfolg.

### Welche Tipps hast du für die Kantonalparteien, die nächstes Jahr kantonale Wahlen haben?

Kurz und bündig: Die Wahlen sind erst am Wahlsonntag um 12 Uhr fertig, keine Minute vorher. Bis dahin muss man dranbleiben und die Leute mobilisieren, dass sie tatsächlich wählen gehen. Die letzte Woche vor den Wahlen darf keinesfalls unterschätzt werden!

Interview: Marco Wölfli

Die FDP will künftig mehr Personen in den Baselbieter Landrat entsenden.



## Einsatz für den Menschen

Machen statt nur wollen

Nationalrätin Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass ihre Kantonalpartei bei den kommenden Wahlen zu den Gewinnern gehört. Die FDP Baselland rückt die Wählerinnen und Wähler konsequent in den Fokus.

Am 12. Februar 2023 finden im Baselbiet die kantonalen Wahlen statt. 90 Kandidatinnen und Kandidaten für die Landratswahlen sowie die bisherige Regierungsrätin Monica Gschwind für die Regierungsratswahlen treten an. Klar, fiebere ich auch mit. Die FDP Baselland hat sich entschieden, die Kampagne anders und innovativer aufzugleisen als bisher. So stellen wir bewusst den Menschen – also die Wählerinnen und Wähler – in den Fokus, das heisst, wir wollen auf leere Floskeln und polemische Versprechungen verzichten. Unter unserem Leitsatz «zuverlässig liberal» wollen wir ins Doppelwahljahr starten. Unser Leitmotiv ist, dass Baselbieterinnen und Baselbieter ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Für Herausforderungen finden wir Lösungen. Sei dies bei der Überwindung der Stromkrise, im Kampf für eine zeitgemässe Bildung und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Eben: zuverlässig liberal, und dies seit über 100 Jahren!

### Probleme erkennen und lösen

Der Anspruch ist hoch, denn den Menschen in den Fokus zu stellen braucht sehr viel Engagement – sei es vom Wahlkampfteam, aber vor allem auch von den Kandidatinnen und Kandidaten. Es reicht nicht, sich im stillen Kämmerchen einen Slogan zu überlegen und dann für die sozialen Medien die

blauen Balken auf ein Bild zu legen. Es reicht auch nicht, vergangene Erfolge oder Leistungen zu zeigen. Der Mensch im Fokus heisst Machen. Und zwar konsequent: Probleme erkennen und lösen. Unter den Jungen gibt's dazu einen guten Spruch: Machen ist wie Wollen, nur krasser.

Wir sind also mutig und selbstbewusst: Wir haben die liberalen Köpfe aus dem Baselbiet auf unseren Listen, die sich seit Jahren für ihre Gemeinden, für den Kanton und für den Freisinn einsetzen.

Unsere bisherige Regierungsrätin tritt nochmals an. Gemeinsam mit dem bisherigen Regierungsrat Anton Lauber von der «Mitte» und der SVP, welche die Nationalrätin Sandra Sollberger (neu) für den abtretenden Thomas Weber stellen. Zusammen bilden wir die sogenannte «Bürgerliche Allianz» und wollen die bürgerliche Mehrheit (das heisst drei von fünf Sitzen) in der Baselbieter Regierung behalten.

Als FDP haben wir zurzeit 17 von 90 Sitzen im Landrat, dies entspricht einem Wähleranteil von 17,4 Prozent. Wir sind damit die drittstärkste Partei (SP 22,84 Prozent vor SVP 22,66 Prozent). Unser Ziel ist klar: die SP überholen. Dafür werden wir kämpfen.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

# 900 Freisinnige starten gemeinsam ins

## Erfolgreicher Parteitag in Burgdorf

Die FDP ist bereit für einen erfolgreichen Wahlkampf. Präsident Thierry Burkart rief die rund 900 Freisinnigen auf, für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt zu kämpfen und gemeinsam die Wahlen 2023 zu gewinnen.

Exakt ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen stimmte sich die FDP. Die Liberalen im Beisein von Bundespräsident Ignazio Cassis und Bundesrätin Karin Keller-Sutter gemeinsam auf den Wahlkampf ein. Parteipräsident Thierry Burkart betonte in seiner Rede, dass die FDP für klare Positionen steht: «In den letzten Monaten hat es die FDP geschafft, wieder Themenführer zu sein. Gerade in

der Sicherheits-, Energie- und Wirtschaftspolitik mussten sich die Parteien links und rechts von uns an der FDP abarbeiten – und nicht wir an ihnen. Wir haben in der Öffentlichkeit auf breit diskutierte und breit akzeptierte Themen gesetzt. So wie es sich gehört für diejenige politische Kraft, die dieses Land mit Abstand am meisten geprägt und gestaltet hat und es auch in Zukunft tun wird.»



Parteipräsident Thierry Burkart betonte den Wert liberaler Lösungen.



Das liberale Feuer brennt für einen erfolgreichen Wahlkampf 2023.



Der liberale Publizist Ferghane Azihari kam aus Paris an den Tag der FDP.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundespräsident Ignazio Cassis im Gespräch mit Parteipräsident Thierry Burkart.



Matthias Müller, Präsident Jungfreisinnige, sprach über die Renteninitiative.



Rede von Fraktionspräsident Damien Cottier.



Parteipräsident Thierry Burkart (links) bedankt sich bei alt Bundesrat Kaspar Villiger für seine Rede.



# Wahljahr

Das Präsidium mitsamt Generalsekretär ist bereit für den Wahlkampf. Fotos: Yannic Reber



Nationalrätin und Präsidentin der FDP Frauen, Susanne Vincenz-Stauffacher, dankt allen Beteiligten für den Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung.



Nationalrat und Wahlkampfleiter Philippe Nantermod schwört die FDP auf den Wahlkampf ein.

Spektakuläre Akrobatik, um die erfolgreich eingereichte Individualbesteuerungsinitiative zu feiern.



Ständerätin Johanna Gapany und Nationalrat Andri Silberschmidt sprachen über die Herausforderungen in der Altersvorsorge.



Freisinnige aus der ganzen Schweiz reisten nach Burgdorf.



## Neue Kampagne

Medienkonferenz mit den Verbandspräsidenten von links nach rechts: Fabio Regazzi (sgv), Valentin Vogt (SAV), Christoph Mäder (economiesuisse) und Markus Ritter (SBV).



Einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik zum Durchbruch zu verhelfen, ist das Ziel einer gemeinsamen Kampagne der Dachverbände der Schweizer Wirtschaft und der Landwirtschaft. Die Kampagne soll das Bewusstsein für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Themen steigern sowie als Plattform für die National- und Ständeratswahlen dienen.

Die Dachverbände der Wirtschaft und der Landwirtschaft, namentlich Economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband sgv, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizer Bauernverband, wollen – zum Wohl unseres Landes – einer wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlicheren Politik vermehrt zum Durchbruch verhelfen.

### Geeinte Allianz bei Abstimmungen und Wahlen

Für die Volksabstimmungen vom 25. September 2022 setzten sie mit der Parole «1x Nein, 3x Ja» bereits gemeinsame Massnahmen um. Die Abstimmungsergebnisse zeigten, dass eine starke und geeinte Allianz vieles bewegen und Mehrheiten sichern kann. Dieselbe Allianz will sich nun auch hinsichtlich der National- und Ständeratswahlen im nächsten Jahr engagieren. Die vier Verbände lancieren deshalb eine gemeinsame Kampagne mit dem Titel «Perspektive Schweiz».

Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes sollen die gesellschaftliche Bedeutung der Wirtschaft und der Landwirtschaft kennen und erkennen. Sorgt doch die Wirtschaft für attraktive Arbeitsplätze und Lehrstellen, für angemessene

Einkommen, für genügend Lebensmittel und Energie, für sichere Sozialwerke sowie für eine nachhaltige Klimapolitik. Solche Zusammenhänge will die Kampagne in den nächsten Monaten aufzeigen.

### Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit der Verbände fokussiert vorerst auf die Themenfelder «Sicherheit und Stabilität», «sichere Sozialwerke», «Berufsbildung», «Nachhaltigkeit», «Ernährungssicherheit» sowie auf eine «zukunftsorientierte Energieversorgung».

Alle Beteiligten sind sich bewusst, dass unsere schnelllebige Zeit einen hohen Grad an Flexibilität erfordert. Wichtig ist, dass dabei der Kompass und die Perspektive übereinstimmen. Die über 600 000 Schweizer Unternehmen mit ihren über 4,5 Millionen Beschäftigten sind es sich gewohnt, täglich agil und schnell zu reagieren. Das Gleiche soll auch für die politische Allianz der Verbände und die zu bearbeitenden Themenfelder gelten.

### Eine Politik mit Perspektive

Die Verbandskampagne startete mit speziellen Plakat-, Inserate- und Social-Media-Aktionen zum



Arbeitgeberpräsident Valentin Vogt (rechts) bespricht sich mit seinem Kommunikationschef Andy Müller.

Thema «Perspektive Schweiz». In einer späteren Phase werden thematische Fragen in den Vordergrund gerückt. Die Dachverbände und ihre Vertreterinnen und Vertreter werben für eine wirtschafts- und landwirtschaftsfreundlichere Politik. Sie werben – zum Wohl unseres Landes und zugunsten aller – für eine realistische Politik mit Perspektive!



Mehr Infos  
zu Perspektive  
Schweiz.



# Die FDP legt zu

## Positiver Trend bestätigt sich

Gemäss der SRG-Umfrage gewinnt die FDP ein Prozent. Das gute Ergebnis ist eine Fortsetzung der Erfolge in mehreren kantonalen Wahlen und sorgt für Schwung im kommenden Wahlkampf.

Das SRG-Wahlbarometer, das Ende Oktober veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der positive Trend bei der FDP hält an. Die Umfrage der SRG weist für die FDP einen Gewinn von einem Prozent gegenüber den Wahlen 2019 auf. Damit würde die FDP auf einen Wähleranteil von 16,1 Prozent kommen und praktisch gleichauf mit der SP liegen. Die FDP und die SVP sind die einzigen Bundesratsparteien, die verglichen mit den Wahlen 2019, zulegen; die SVP in geringerer Masse (plus 0,5 Prozent im Vergleich zu 2019). Die grössten Verlierer wären die Grünen, die im Vergleich zu 2019 einen erheblichen Verlust von minus 1,5 Prozent hinnehmen müssten. Die Grünliberalen legen um 1,5 Prozent zu. Die SP und die FDP liefern sich also ein Kopf-an-Kopf-

Wirkung des neuen Präsidiums zeigt sich auch daran, dass Thierry Burkart die grösste Zustimmung aller Parteipräsidenten geniesst. 67 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass sein Einfluss positiv ist. Nur gerade 2 Prozent beurteilen Burkarts Wirken als negativ.

### Klare Positionierung der FDP

Die FDP hat auch die Antworten auf die wichtigsten politischen Herausforderungen, die in der Umfrage hervorgehoben wurden: Die FDP hat kürzlich Stellung bezogen zur Sicherheit der Stromversorgung, zur Gesundheitspolitik, um den Anstieg der Krankenkassenprämien einzudämmen und wir haben zahlreiche Vorschläge für eine starke Alters-



Rennen um den zweiten Platz. So wie die Tamedia-Umfrage vom August 2022, die der FDP einen Anstieg auf 16,4 Prozent der Wählerstimmen vorhersagte, legen wir auch gemäss dieser SRG-Umfrage zu. Die Kohärenz zwischen den beiden Umfragen bestätigt den erfreulichen Trend.

### Positiver Einfluss von Thierry Burkart

Umfragen sind aber keine Wahlergebnisse. Seit 2015 hat sich die FDP das Ziel gesetzt, die SP zu überholen. Um dieses Ziel zu erreichen, dürfen wir auf keinen Fall nachlassen. Die FDP konnte auf Bundesebene an Profil gewinnen. Das neue Präsidium um Thierry Burkart hat für neuen Schwung gesorgt. Die Positionen sind klar und reagieren präzise auf die aktuellen politischen Herausforderungen. Zudem konnte die Partei mit der Einreichung der Renten- und der Individualbesteuerungsiniciativen und unsere FDP-Politik im Dienste der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. Die

vorsorge formuliert. Schliesslich antwortet die FDP auch auf Umwelt- und Klimafragen, insbesondere über ein auf drei Säulen basierendes Konzept für das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz. Die Versorgungs- und Energiesicherheit gehört für alle Parteiwählerschaften zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Speziell für die Wählerschaft der FDP sind die Wirtschafts- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Reform der Altersvorsorge weitere Top 3 der wichtigsten Herausforderungen der Politik.

Das Ende des Hypes um die Grünen zeigt, dass es keinen triftigen Grund gibt, die Zusammensetzung des Bundesrats zu ändern. Massgebend darf nicht allein der Wähleranteil im Nationalrat sein. Die FDP ist als staatstragende Partei auf kantonaler Ebene mit insgesamt 531 Sitzen breit verankert. Dies entspricht 20,5 Prozent aller kantonalen Sitze – 10 Sitze weniger als die SVP und deutlich mehr als die SP (445), die Mitte (425) und die Grünen (266).

### KOLUMNE

## Appell an den Föderalismus



Seit 1848 funktioniert die Schweiz als Bundesstaat, der eine Einheit der Vielfalt unseres Landes bildet. Es hat sich bewährt, dass der Bund nur jene Aufgaben übernimmt, die nicht auf einer anderen Ebene erfüllt werden können, oder eine einheitliche Regelung benötigen. Ein Beispiel ist die Corona-Pandemie, in der gesamtschweizerische Vorgaben und eine zentrale Verwaltung nötig waren. Das zeigt auch die finanzielle Bilanz: Zwischen 85% und 90% der Ausgaben wurden vom Bund getragen. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die Covid-Pandemie eine aussergewöhnliche Situation war und aussergewöhnliche Massnahmen erforderte.

Nichtsdestotrotz ist es bedenklich, wie rasch nach mehr Zentralisierung gerufen wird und die Stärken des Föderalismus vergessen gehen. Wenn es um das Bezahlen der Rechnung geht, lässt man zunehmend dem Bund den Vortritt. Dabei deutet nichts darauf hin, dass Zentralisierung Kosten senkt – ganz im Gegenteil. Föderalismus garantiert nicht nur Vielfalt in der Einheit, sondern gewährleistet auch eine gewisse finanzpolitische Disziplin.

Diese ist umso notwendiger, da die Bundesfinanzen arg strapaziert sind und sich der Handlungsspielraum verkleinert. Die ausserordentliche Verschuldung aufgrund der Covid-Pandemie beläuft sich auf rund 26 Milliarden Franken. Zudem werden die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2024 nicht mehr eingehalten. Ein strukturelles Defizit von über einer Milliarde Franken ist denkbar.

Wie konnte das passieren? Gründe sind die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energiekrise. Zudem führt die demografische Entwicklung zu mehr Kosten in der Altersvorsorge und im Gesundheitswesen. Auch in den Bereichen Klima, Armee, Forschung, Migration und soziale Sicherheit sind Mehrausgaben zu erwarten. Um aus dieser Kostenspirale auszubrechen, braucht es etwas Fantasie. Da die einfachsten Ideen oft vergessen werden, müssen wir den guten alten Föderalismus in Erinnerung rufen. Er kann mithelfen, die Ausgaben- disziplin des Staates zu verbessern.

**Johanna Gapany,**  
Parteilichepräsidentin und Ständerätin FR



### Thierry Burkart Ständerat

«Wenn die Schweiz auch in Zukunft technologisch zur Weltspitze gehören will, sind wir auf 5G angewiesen.»



### Josef Dittli Ständerat

«5G macht es möglich, Menschen und Dinge so zu vernetzen, dass der technologische Fortschritt den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.»



### Marcel Dobler Nationalrat

«Die Schweiz braucht die bestmöglichen technologischen Rahmenbedingungen, um sich weiter zu entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Darum setze ich mich für das Schlüsselprojekt 5G ein.»



### Olivier François Ständerat

«Die Schweiz muss die Rahmenbedingungen für die Einführung von 5G schaffen, damit Wirtschaft und Gesellschaft auch zukünftig von einem hochqualitativen Mobilfunk profitieren können.»



### Johanna Gapany Ständerätin

«Jede Veränderung löst Ängste aus. Aber 5G bietet auch viele Chancen. Diese Kampagne ist eine gute Gelegenheit, volle Transparenz zu schaffen und das Beste aus einer Technologie herauszuholen, die uns ermöglicht, es mit weniger Mitteln besser zu machen.»



### Philippe Nantermod Nationalrat

«Die Schweiz ist die Weltmeisterin der Innovation. Wir brauchen einen Zugang zu neuen Technologien und 5G gehört dazu. Auf ihren Einsatz zu verzichten wäre ein Fehler und würde uns grosse Nachteile bringen.»



### Maja Riniker Nationalrätin

«5G ist Vernetzung und Innovation zugleich. Es bietet einem die Freiheit und Möglichkeit von überall in der Schweiz zu jeder Zeit zu arbeiten, die Freizeit zu geniessen und mit der Welt verbunden zu sein.»



### Andri Silberschmidt Nationalrat

«Wir müssen in zukunftsfähige Infrastrukturen investieren, so dass die Arbeitsplätze von morgen in der Schweiz und nicht woanders geschaffen werden.»



### Christian Wasserfallen Nationalrat

«5G ist als Weiterentwicklung in der Telekommunikation der Schlüssel für die Zukunft, um mobiles Arbeiten massiv zu verbessern oder Geschäftsprozesse in Echtzeit abwickeln zu können.»



### Hans Wicki Ständerat

«5G ist für Innovation und neue Anwendungen enorm wichtig. Wir ermöglichen damit Arbeitsplätze, und zwar in der ganzen Schweiz. Dank 5G werden auch ländliche Regionen mit schnellem Internet erschlossen und nicht vom Fortschritt abgehängt.»



# Wir alle unterstützen CHANCE5G – helfen auch Sie mit!

[www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen](http://www.chance5g.ch/jetzt-unterstuetzen)

## CHANCE5G

Die Schweiz fortschrittlich verbunden.